

Freie Universität Berlin  
Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften  
Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaften  
Medienseminar Presse  
Wintersemester 2004/05  
Dozent: Dr. Michael Meissner

**Tarifwesen bei der Presse:  
Aktuelle Tarifverhandlungen und der Journalistenstreik 2004.  
Zusammenfassung.**

vorgelegt von:

Michael Bartnik

Student mit den Magister-Studienfächern

Publizistik- und Kommunikationswissenschaft (6. Semester/Hauptfach),

Soziologie (7. Semester/Nebenfach), Neuere Geschichte (4. Semester/Nebenfach)

Matrikelnummer: [REDACTED]

Adresse: [REDACTED]

Telefon: ([REDACTED]) [REDACTED]

E-Mail: michael.bartnik@web.de

Berlin, 4. Januar 2005

## 1. Die drei großen Arbeitsfelder.

Die Journalistengewerkschaften ver.di und DJV führen Tarifverhandlungen für die Zeitungsredakteure mit dem BDZV, dem Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger e.V. und für die Zeitschriftenredakteure mit dem VDZ, dem Verband Deutscherzeitschriftenverleger e.V. Mit der Novelle des Urheberrechts im Sommer 2002 entstand ein drittes großes Verhandlungsfeld.

Für die Übertragung von Nutzungsrechten hat der Urheber einen Anspruch auf eine angemessene Vergütung (§§ 32 Urheberrechtsgesetz, das seit 1. Juli 2002 in Kraft ist). Zur Bestimmung der Angemessenheit stellen Vereinigungen von Urhebern mit Vereinigungen von Werknutzern gemeinsame Vergütungsregeln auf. Als Grundlage für solche Verhandlungen mit den Verlegerverbänden haben DJV und ver.di gemeinsame Vorschläge für solche Vergütungsregeln für freie Print- und Bildjournalisten vorgelegt.

Inzwischen (Januar 2005) gab es sieben Verhandlungstermine mit dem VDZ und vier Verhandlungstermine mit dem BDZV. Ein Abschluss steht bisher aus. Kommt es in diesen Verhandlungen nicht zu einem einvernehmlichen Abschluss zwischen den Journalistengewerkschaften und den Verlegerverbänden, dann sieht das Gesetz ein Schlichtungsverfahren vor. Die besondere Bedeutung dieser Vergütungsregeln besteht darin, dass damit eine Grundlage für Ansprüche der journalistischen Urheber aus dem Urheberrechtsgesetz hergestellt wird.

„Tarifverhandlung führen“, heißt in der Regel für die Journalistengewerkschaften das Aushandeln des Gehaltstarifvertrages. Diese Gehaltstarifverhandlungen werden in der Regel alle ein oder zwei Jahre geführt. Dabei fordern die Gewerkschaften rückwirkend „ihren Anteil am Unternehmensgewinn“ für die Arbeitnehmer.

Für die Sparte „Zeitschriften“ wurde nach fünf Verhandlungsrunden am 21. Dezember 2004 ein Abschluss gefunden. Nachdem ver.di mit einer Forderung von 3 % mehr Gehalt in die Verhandlungen trat, einigte man sich auf ein Plus von 1,3 %. Dieser Gehaltstarifvertrag soll bis Ende Mai 2006 gelten. Bis Ende Januar 2005 läuft für die Tarifparteien die Erklärfrist, während der sie dem Abschluss zustimmen oder ihn ablehnen müssen.

Während die Tarifverhandlungen für die 7.000 Zeitschriften-Redakteure eher „sang- und klanglos“ verliefen, kam es bei den Tarifverhandlungen für die 14.000 Zeitungs-Redakteure im Jahr 2004 zum Arbeitskampf.

## 2. Der Journalistenstreik 2004.

Die letzten Tarifverhandlungen lagen noch gar nicht lange zurück. Nachdem der Gehaltstarifvertrag zum 31. Juli 2002 gekündigt war, ging ver.di mit der Forderung von 6,5 % mehr Gehalt in die Verhandlungen. Der DJV forderte 5,5 %, bot aber eine Öffnungsklausel für Verlage in nachweislicher Notlage, wenn im Gegenzug auf betriebsbedingte Kündigung verzichtet würde. An zweistellige Abschlüsse, wie sie in den Siebziger Jahren von den Gewerkschaften erstritten wurden, war lange nicht mehr zu denken. Der BDZV hielt die Forderungen für überzogen. Nach acht Gehaltstarifrunden seit September 2002 konnte im April 2003 ein Abschluss gefunden werden: 2,1 % mehr Gehalt oder Honorar. Laufzeit bis mindestens 31. Juli 2003.

Doch während dieser Tarifverhandlungen kündigte der BDZV zum Jahresende 2002 den Manteltarifvertrag. Der Zeitungsverleger-Verband drängt auf eine Reform der tarifvertraglich vereinbarten Arbeitsbedingungen. Ver.di kommentierte: „Die Tinte unter dem letzten Abschluss für den Mantel- und den Altersversorgungstarif sowie die Gehaltsstruktur war Ende 1997 noch nicht trocken, als bereits die Ankündigung im Raum stand, die von den Verlegern durchgesetzten Verschlechterungen bei der Gehaltsstruktur und bei der Wochenarbeitszeit könnten nur der Anfang einer umfassenden „Revision“ des Tarifwerks für die Redakteurinnen und Redakteure sein.“ Auch nach dem Gehaltstarifabschluss war der Manteltarifvertrag weiter offen.

Obwohl der letzte Abschluss nur wenige Wochen zurück lag, kündigte ver.di den Gehaltstarifvertrag zum 31. Juli 2003. Die Gewerkschafter forderten 3 % mehr Gehalt. Dabei argumentierte man, dass es in der gesamten Verlagsbranche gleiche Abschlüsse geben sollte, denn für die Drucker und Verlagsmitarbeiter konnten zuletzt regional bis zu 3 % ausgehandelt werden. Gleichzeitig verlangte man einen gesonderten Tarifvertrag zur Beschäftigungssicherung für Verlage in Notsituationen an. Nicht zuletzt drängte ver.di, dass der Manteltarifvertrag wieder in Kraft trete.

Die Forderungen des gemäßigten Berufsverbandes DJV unterschieden sich: Man forderte eine Gehaltssteigerung in der Nähe der Inflationsrate. Statt eines besonderen Tarifvertrages bot man eine Öffnungsklausel für Verlage in Notsituationen. Ebenso wie ver.di stand das Wieder-in-Kraft-treten des Manteltarifvertrages auf der Agenda.

Erwartungsgemäß anders verhielt sich der Zeitungsverleger-Verband BDZV. Er argumentierte, dass die Personalkosten gesenkt werden müssten. Statt einer Tarifierhebung müsse der Urlaub von bis zu 35 auf 30 Tage gekürzt werden und das Urlaubsgeld von 100 % auf 68 % verringert werden. Gleichzeitig solle die Wochenarbeitszeit von 36,5 auf 40 Stunden herauf gesetzt werden.

Die ersten beiden Verhandlungsrunden fanden im Oktober 2003 statt. Die Parteien warfen sich „Blockade-Haltung“ vor und riefen dazu auf „zur Realität zurückkehren“. Die dritte Verhandlungsrunde am 24. November flankierten bereits erste Warnstreiks. Zur vierten und fünften Verhandlungsrunde, Mitte Dezember und Mitte Januar, beteiligten sich an mehreren Tagen jeweils über 2.000 Zeitungsredakteure an Aktionen.

Auch wenn die Zeitungen nur wenig oder gar nicht über diese Tarifaueinandersetzung berichteten, gab es von allen Tarifparteien Statements, Forderungen und Anschuldigungen. Seitens des BDZV hieß es: „Mit Blick auf die schwierige Lage der Branche fehlt mir jedes Verständnis dafür, wenn Redakteure für die Erhaltung von 35 Tagen Urlaub und fast 14 Monatsgehältern auf die Straße gehen.“<sup>1</sup> Der DJV konterte: „Es entsteht der Eindruck: Die Verleger wollen abkassieren und nicht konstruktiv mit uns gemeinsam die Schwierigkeiten der Zeitungsbranche lösen.“<sup>2</sup> Und ver.di warnte: „Durch das völlig inakzeptable Forderungspaket - das auf eine Minusrunde hinausläuft - steuern die Verleger die Zeitungsbranche fahrlässig in einen Arbeitskampf.“<sup>3</sup>

Und so kam es auch: Nachdem auch zum fünften Termin ‚keine Bewegung in die Verhandlung kam‘, beriefen die Journalistengewerkschaften Ihre Tarifkommissionen ein. Gegenstand der Beratung war die Bewertung der Tarifsituation. Sie beschlossen einen Aufruf zur Urabstimmung. Damit war der Weg für unbefristete Streiks in den Zeitungsredaktionen frei. Anders als im öffentlichen Dienst ist es nicht zwingend notwendig vor Urabstimmungen zum Streik einen Schlichter anzurufen.

Am 27. und 28. Januar liefen die Urabstimmungen zum Streik. Mit etwa 95 % Ja-Stimmen wurden die erforderlichen Quoren weit übertroffen. So besagen die Regelungen, dass bei ver.di mindestens drei Viertel der Abstimmenden und beim DJV zwei Drittel der Abstimmenden zustimmen müssen, ehe es zum unbefristeten Streik kommen kann.<sup>4</sup>

Schon am nächsten Tag, am 29. Januar 2004, begannen der Journalistenstreik. Bis zu 2.500 Journalisten traten in den Ausstand. Dabei entschieden sich die Gewerkschaften für eine flexible Streiktaktik, eine „Politik der Nadelstiche“. Der DJV-Verhandlungsführer Hubert Engeroff kündigte an: „Wann, wo und in welcher Stärke wir streiken, bleibt unser tägliches Überraschungsgeschenk an die Verleger.“ Gleichzeitig gab es Solidarstreiks von Druckern und Verlagsmitarbeitern und Unterstützung von anderen Gewerkschaften.<sup>4</sup>

Während der Tarifaueinandersetzung kam es zu Demonstrationen und Kundgebungen – so zum Beispiel in Hamburg, Hannover, Bremen, Lübeck und Stuttgart. Dabei gingen mehrere tausend Gewerkschaftsanhänger auf die Straße. In Hannover versprach der niedersächsischer SPD-Fraktionschef und ehemalige Ministerpräsident des Landes, Sigmar Gabriel, sich für die Interessen der Tageszeitungsredakteure einzusetzen und eine umfassendere Berichterstattung über den Arbeitskampf einzufordern. Die medienpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion Anei Wiegel betonte die Bedeutung einer unabhängigen und kritischen Berichterstattung. Sie sagte, die Tarifforderungen von ver.di seien „ausgesprochen maßvoll“. Umso erstaunlicher sei es, „dass in den Zeitungen über den seit drei Wochen laufenden Streik fast nichts zu lesen ist“.<sup>4</sup>

Etwas zu lesen gab es dagegen in Nürnberg. Am Morgen des 11. Februar musste sich verwundert die Augen reiben, wer die Nürnberger Nachrichten aufblätterte. „Unzumutba-

---

<sup>1</sup> Pressemitteilung des BDZV vom 28. Januar 2004.

<sup>2</sup> Pressemitteilung des DJV vom 30. Oktober 2004.

<sup>3</sup> Pressemitteilung von ver.di vom 13. Januar 2004.

<sup>4</sup> Quelle: M - Menschen Machen Medien. Streikzeitung zur Tarifrunde Tageszeitungen 2003/04. März 2004. Herausgeber: Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) Fachbereich 8 (Medien, Kunst, Industrie).

re Forderungen“ schimpft der Kommentator und Verleger Bruno Schnell im Leitartikel. Doch er meint nicht etwa die streikenden Redakteure, sondern seinen eigenen Verband. In seiner Kritik an dem „zügellosten Kapitalismus“ sieht er seinen Verband den „sozialen Konsens“ gefährden.<sup>5</sup>

Auf der anderen Seite stellt der Verlegerverband BDZV seinen Mitgliederverlagen Textanzeigen unter dem Motto „Kein Verständnis für die Streiks der Redakteure“ zur Verfügung. Sie sollen den Lesern die Situation im jüngsten Tarifstreit aus Arbeitgeberperspektive verdeutlichen. Großformatig wurde so eine Anzeige zum Beispiel in der Mainzer Allgemeinen abgedruckt. Als der DJV eine Anzeige produzierte, in der er falsche Behauptungen des BDZV in einer eigenen Anzeige richtig stellen wollte, verweigerte die Mainzer Allgemeine den Abdruck.<sup>6</sup>

Verschiedene symbolische Aktionen inszenierten die streikenden Journalisten. In Kiel rollten sie eine leere Zeitungsrolle aus. In Hannover fertigten Redakteure eine „größte Zeitungseite in der Geschichte der Republik“. Mit ihr sollte klar gemacht werden, das Qualität ihren Preis habe.<sup>6</sup>

Die Proteste drückten sich auch in offenen Briefen aus. So unterschrieben 101 Redakteure des Hamburger Abendblattes einen solchen für die Leitung des Axel-Springer-Verlages. Ver.di-Mitglieder in Baden-Württemberg schrieben direkt an den BDZV.

Der Journalistenstreik dauerte bis in die Karnevalszeit. Trotzdem kämpften die Redakteure weiter. Die entscheidende, achte Verhandlungsrunde begann am 24. Februar 2004; in der Nacht vom Faschingsdienstag zum Aschermittwoch. Nach 13 Monaten ohne Manteltarifvertrag, nach 6 Monaten ohne Gehaltstarifvertrag und insgesamt 26 Streiktagen konnte in Berlin endlich eine Kompromiss für die Zeitungsredakteure gefunden werden.

Das Ergebnis lautete

- Manteltarifvertrag mit einigen Änderungen wieder Kraft
- Gehaltssteigerung um 1,3 % ab 1. Juni 2004 und zugleich drei sogenannten „Nullmonaten“
- Urlaub bis zu 3 Tage gekürzt
- Urlaubsgeld von 100 % eines Monatsgehältes auf 80 % verringert
- Laufzeit des Gehaltstarifvertrages bis 31. Juli 2005

Bei der Gehaltssteigerung und der Urlaubskürzung konnte sich die Arbeitgeberseite mit ihrem Kompromissangebot durchsetzen. Großer Erfolg für die Gewerkschafter sind die wenigen Änderungen beim Manteltarifvertrag, da ihn der BDZV weitergehend reformieren wollte. Beim Urlaubsgeld fand man einen Mittelweg.

---

<sup>5</sup> Nürnberger Nachrichten. Ausgabe vom 11. Februar 2004.

<sup>6</sup> Quelle: M - Menschen Machen Medien. Streikzeitung zur Tarifrunde Tageszeitungen 2003/04. März 2004. Herausgeber: Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) Fachbereich 8 (Medien, Kunst, Industrie).

### **3. Literatur und Quellen.**

- <http://dju.verdi-verlage.de>, <http://www.verdi-luebeck.de>
- <http://www.djv.de>
- <http://www.djv-bw.de>
- <http://www.bdzv.de>
- <http://www.vdz.de>
- M - Menschen Machen Medien. Streikzeitung zur Tarifrunde Tageszeitungen 2003/04. März 2004. Herausgeber: Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) Fachbereich 8 (Medien, Kunst, Industrie).